



# Klimaschutz, Populismus und Demokratie

## Antidemokratische Kräfte kämpfen überall gegen die sozial-ökologische Transformation

Das turbulente Jahr 2024 neigt sich dem Ende entgegen und zeigt mit Blick auf die ‚Demos gegen Rechts‘ im Frühjahr, Trumps Wahlsieg und den Zerfall der Ampel, wie wichtig es ist, unsere Demokratie zu verteidigen. Besonders während der EU-Wahl und der Warnung von Fridays for Future vor einem ‚anti-ökologischen Rechtsruck‘ wurde deutlich, wie sehr der Klimaschutz und der Schutz unserer Demokratien doch zusammenhängen. Es ist heutzutage fast alltäglich, dass die AfD und Trumps unserer Welt systematisch den Klimawandel als populistisches Instrument missbrauchen und damit ‚fake news‘ verbreiten sowie Hass und antidemokratische Stimmungen schüren. Doch wieso werden Populist\*innen, anti-demokratische Bewegungen und Rechtsextreme gerade durch den Klimawandel, dessen Auswirkungen und Anpassungen so sehr getriggert?

Für Rechtsextreme, anti-demokratische Bewegungen und Populist\*innen stellt der Klimaschutz eine Bedrohung dar, da er die eigenen etablierten Strukturen und Privilegien, auf denen ihre ganze Lebensweise und ihre Position in der Welt beruhen, infrage stellen könnte. Diese Menschen profitieren – wie die meisten Menschen im ‚Globalen Norden‘ – traditionell und heute noch von den Ungleichheiten des globalen Wirtschaftssystems, das den Klimawandel verursacht. Sie versuchen daher, diese Ungleichheiten zu bewahren oder sogar auszubauen. Der Widerstand gegen effektiven Klimaschutz hat oft auch mit der Forderung nach Gerechtigkeit zu tun, was bestehende Privilegien und Ungleichgewichte bedroht.

Der Klimawandel verschärft soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten. Die Landwirtschaft leidet, Nahrungsmittelpreise steigen und Extremwetterereignisse zerstören teilweise ganze Städte. Klimaanpassungsmaßnahmen verursachen häufig auch soziale Kosten, die einkommensschwächere Haushalte besonders

Foto links:  
Demokratie-Demo zur Europawahl in Berlin am 8.6.24 mit 30.000 Teilnehmenden.  
© Jörg Farys/BUND,  
CC BY-NC 2.0

Foto rechts:  
Fridays for Future 4.3.2019 in München.  
© Martin von Creyzt,  
CC BY-SA 2.0



© Privat

**Autor:**  
**JULIAN BÖTTCHER**  
ist Bildungsreferent beim Bund für Soziale Verteidigung.



Foto links:  
Aktion am Großvenediger  
2013 von „Global 2000“.  
© Global 2000,  
CC BY-ND 2.0

Foto rechts:  
Klimastreik 2021.  
© Paul Lovis Wagner/  
Campact, CC BY-NC 2.0

belasten. Weitergehend stoßen Forderungen nach einer umfassenden Transformation des Wirtschaftssystems und Änderungen in der Landwirtschaft aufgrund von ungenauer Kommunikation oder schlichtweg Angst vor Veränderungen in vielen Bevölkerungsschichten auf Ablehnung.

Paradoxerweise wird im selben Atemzug vor der Flucht von Menschen gewarnt, die aufgrund des Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen. Hierbei werden rassistische Phrasen und Menschenhass freien Lauf gelassen und Ängste vor einer angeblich drohenden ‚Massenmigration‘ und der angebliche Verlust von nationaler Identität vorangetrieben. Dass nur ein Bruchteil der Menschen, die migrieren und flüchten müssen, nach Europa kommt, wird verschwiegen. So entsteht Stück für Stück in der Bevölkerung ein Zweifel am demokratischen System und an den demokratischen Parteien, die anscheinend nicht in der Lage seien, diese Probleme zu beheben. Dadurch vergrößert sich der Riss durch die Gesellschaft und erschwert, gemeinsame Lösungen für den Klimawandel zu finden. Letztlich wird das demokratische System als Ganzes infrage gestellt.

Um dem Einfluss des Klimawandels auf populistische Bewegungen und die Demokratie entgegenzuwirken, könnten verschiedene Lösungsansätze helfen, die soziale Spaltung zu verringern und die demokratische Stabilität zu stärken.

1. Stärkung sozialer Gerechtigkeit in Klimaschutzmaßnahmen: Um soziale Spannungen zu entschärfen, ist es wichtig, dass klimapolitische Maßnahmen gerecht und inklusiv gestaltet werden.
2. Bildung und Aufklärung über den Klimawandel: Ein verstärktes Bewusstsein für wissenschaftliche Fakten über den Klimawandel kann dazu beitragen, Desinformationen und populistischen Manipulationen entgegenzuwirken.
3. Förderung eines integrativen politischen Dialogs: Es ist entscheidend, auch kritische Stimmen zu klimapolitischen Maßnahmen einzubeziehen und einen offenen Austausch über Lösungen zu fördern, z.B. durch Bürger\*innenräte.
4. Internationale Zusammenarbeit und Unterstützung: Die EU und andere wohlhabendere Länder könnten durch verstärkte internationale Zusammenarbeit die finanziellen Belastungen in ärmeren Ländern mindern, die oft besonders stark vom Klimawandel betroffen sind.
5. Förderung der Demokratiekompetenz: Maßnahmen zur Stärkung des demokratischen Verständnisses und der Partizipation könnten helfen, Widerstände gegen das politische System zu vermindern.

Ein holistischer Ansatz, der ökologische, soziale und wirtschaftliche Ziele vereint und transparent kommuniziert wird, könnte den Zusammenhalt fördern und das Risiko einer demokratischen Krise durch den Klimawandel mindern.